

# Einblicke

Das Rathausmagazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion



## FAMILIENGERECHTES WOHNEN

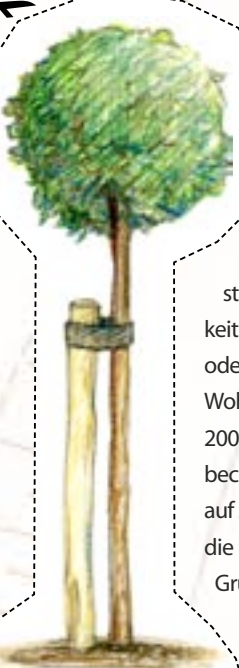
Die Metropole Hamburg soll wachsen. Das ist unser Ziel. Zur Verwirklichung dieses Leitkonzeptes müssen wir auch und gerade Familien adäquaten Wohnraum anbieten können. Es waren in der Vergangenheit gerade junge Familien, die immer wieder ins Umland abwanderten, weil innerhalb der Stadtgrenzen ausreichend großer und bezahlbarer Wohnraum fehlte. Nach genauer Analyse des Ist-Zustandes haben

CDU-Bürgerger-  
schaftsfraktion und Senat ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt: So wird mit Hilfe der Stadtentwicklungs- und der Grundstückspolitik die familienpolitische Ausrichtung Hamburgs effizient umgesetzt. Seit Beginn der Wahlperiode haben wir eine Fülle von Ideen umgesetzt und Vorhaben angeschoben, die eines zum Ziel haben: das Angebot an familiengerechtem und familienfreundlichem Wohnraum zu erweitern. So hat beispielsweise die Liegenschaftsverwaltung ihr Immobilienmanagement neu ausgerichtet, um effizienter auf die Wünsche von Familien eingehen zu können.



### Mehr familiengerechte Wohnungen im Geschosswohnungsbau:

Viele städtische Flächen für den Geschosswohnungsbau werden nur noch an Investoren vergeben, die sich verpflichten, eine bestimmte Anzahl familiengerechter Wohnungen mit vier Zimmern zu bauen. Und auch für bestehende Altbauten, die meist durch verhältnismäßig kleine Wohneinheiten gekennzeichnet sind, hat Hamburg interessante Lösungsansätze entwickelt. Im Sonderinvestitionsprogramm stehen Gelder zur Verfügung, mit denen beispielsweise Zusammenlegungen von Wohnungen zu größeren Familienwohnungen gefördert werden. Im Blickpunkt stehen dabei insbesondere die Siedlungen und Wohnanlagen aus den 50er Jahren in citynahen Stadtteilen wie Barmbek, Eilbek, Hamm oder Horn. Diese Quartiere wurden trotz optimaler Lage und intakter Infrastruktur von Familien weitestgehend verlassen. Das wollen wir ändern.



### Großprojekt Wohnungen für Familien:

Ausreichend große Wohnungen für Familien mit Kindern werden besonders dringend gebraucht. Dies gilt erst recht für die Bildung von Wohneigentum, denn die positiven Wirkungen wie selbstbestimmtes Wohnen, Vermögensbildung und Unabhängigkeit im Alter sind für Familien noch wichtiger als für Singles oder kinderlose Paare. Deshalb steht das familienfreundliche Wohnen auch im Vordergrund eines Großprojekts – der für 2008 vorgesehenen Bebauung der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld. Auf dieser Konversionsfläche wird auf 280.000 m<sup>2</sup> ein attraktiver Wohnstandort entwickelt, der die Realisierung des Traums vom bezahlbaren Eigenheim im Grünen erlaubt. Neben Einfamilienhausformen sowie Doppel- und Reihenhäusern werden auch im Geschosswohnungsbau familiengerechte Wohnungen entstehen.

## STADTENTWICKLUNGSPOLITIK MUSS INTEGRATION FÖRDERN – WEICHEN AUF DEN ELBINSeln SIND GESTELLT

### Auf den Elbinseln Veddel und Wilhelmsburg ist es offensichtlich:

Integrationspolitik fand in der Stadtentwicklungspolitik in der Vergangenheit nicht statt. Der Ausländeranteil auf der Veddel stieg zum Beispiel bis auf rund 65 Prozent an. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird auch bei einer verstärkten Einbürgerungspolitik weiter konstant hoch bleiben. Dies führt dazu, dass die verbliebenen Familien ohne Migrationshintergrund in andere Stadtteile ziehen. Als direkte Folge sinkt der Anteil muttersprachlich deutscher Kinder in den Kitas und Schulen und die Attraktivität der betroffenen Stadtteile schrumpft weiter. Weil für die Sozialdemokraten die Wahlergebnisse in sozialen Brennpunkten

„stimmten“, sahen SPD-geführte Senate nicht wirklich die Notwendigkeit, diese Negativspiralen zu stoppen.

Aber auch in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil und schlechter Sozialstruktur steckt viel Entwicklungspotenzial. Das stellen wir in den Vordergrund unserer Stadtentwicklungspolitik.



So wollen wir die Potenziale dieser Stadtteile nutzen und mehr Familienfreundlichkeit erreichen. Dazu hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen radikalen Kurswechsel bei der Schaffung von gefördertem Wohnraum auf den Weg gebracht. In Wilhelmsburg und auf der Veddel sollen künftig keine zusätzlichen Wohnungen für Inhaber von „Dringlichkeits-“ und „§-5-Scheinen“ mehr gebaut werden. Gleichzeitig sind die städtischen Wohnungsbaugenossenschaften angewiesen worden, bei ihrer Wohnungsvergabe sozial stabile Familien ohne Migrationshintergrund besonders anzusprechen.



### Neue Studentenquartiere:

Um die über Jahrzehnte entstandenen Integrationsprobleme aufzubrechen, wurde auch ein kreatives Förderelement geschaffen: die Ansiedlung von Studenten in hochschulnahen Problemstadteilen wird besonders gefördert. Auf der Veddel wurden innerhalb weniger Monate 200 Studenten angesiedelt. Sie zahlen für Zimmer in regulären WG-Wohnungen mit rund 180 Euro eine Miete wie im Studentenwohnheim. Weitere 200 Studenten werden in den nächsten Monaten dazukommen. Ab dem Jahr 2007 wird dieses erfolgreiche Pilotprojekt auf das Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg ausgedehnt. Die Folge der Belegung von Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil durch Studenten ist enorm. Neue Geschäfte und Studentenbars öffnen und einige Studenten gründen vielleicht ihre Familien in diesen Stadtteilen und tragen damit zur Lösung des Integrationsproblems vor Ort bei.

## EINFACHER UND SCHNELLER BAUEN BAUGENEHMIGUNG IN VIER WOCHEN

**Um es gleich vorweg zu sagen: Das Bauen in der wachsenden Stadt Hamburg wird wesentlich einfacher. Wir werden den bisherigen Regelungsumfang um ein Drittel reduzieren.**

Die wesentlichsten Bauvorschriften sind in Hamburg bisher in drei Gesetzen und zwei Verordnungen geregelt. Die Neufassung der Hamburgischen Bauordnung fasst das gesamte Regelwerk in einem einzigen Gesetz zusammen. Bisher mussten Bürger neben der Baugenehmigung des Bezirksamtes noch bis zu sieben weitere Genehmigungen einholen – zum Beispiel für die Zufahrt an einer Bundesstraße, für eine Abweichung vom Arbeitsstättenrecht oder für einen Sielanschluss. Es kam vor, dass Antragsteller dann zwar eine

Baugenehmigung hatten, aber trotzdem nicht bauen konnten, weil andere Genehmigungen fehlten oder verweigert wurden.

Zukünftig können Antragsteller zwischen dem vereinfachten Genehmigungsverfahren und dem konzentrierten Verfahren wählen. Das vereinfachte Verfahren führt schneller zu einer Baugenehmigung, fordert aber mehr Eigenverantwortung und gegebenenfalls die Beantragung weiterer Genehmigungen, im konzentrierten Verfahren erhält der Bürger die Baugenehmigung aus einer Hand. Er muss sich dann nicht mehr an viele unterschiedliche Genehmigungsstellen wenden.

### Vereinfacht oder konzentriert:

Entscheidet sich ein Bauherr für das vereinfachte Verfahren, kommt er sehr schnell zu einer Baugenehmigung. Gebäude mit nicht mehr als fünf Geschossen, die die Vorschriften des Baurechts und des Bebauungsplans einhalten, werden innerhalb eines Monats genehmigt. Alle übrigen Vorhaben im vereinfachten Verfahren werden innerhalb von zwei Monaten genehmigt.

Die andere Möglichkeit ist das konzentrierte Verfahren, die Baugenehmigung aus einer Hand. Der Bauprüfer trägt die Verantwortung dafür,

dass alle betroffenen Behörden und Ämter beteiligt



werden. Danach erteilt der Bauprüfer die Genehmigung. Die Genehmigung eines vollständigen Bauantrages wird nicht länger als drei Monate dauern.

Gar keine Genehmigungen werden benötigt bei Carports und Garagen bis 50 m<sup>2</sup>, statisch einfachen Umbauarbeiten, kleineren Dachaufbauten und Dacheinschnitten sowie dem Abbruch von freistehenden Gebäuden mit bis zu drei Geschossen. Auch bei der Nutzung von Kellern, den Deckenhöhen von Aufenthaltsräumen, Abstandsflächen vor Gebäuden und Teilung von Grundstücken wird es weitere Vereinfachungen geben.

### Der Brandschutz wird verbessert:

Rauchmelder müssen künftig in allen neuen Wohnungen installiert werden. Bereits vorhandene Wohnungen müssen bis Ende 2010 nachgerüstet werden.



Familiengerechte Arbeitswelt – Kongress der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Die Zahl der in Deutschland pro Paar geborenen Kinder sinkt seit Jahren. Besonders deutlich wird dies bei den Akademikerinnen, von denen mittlerweile über 40 Prozent kinderlos bleiben. Beachtlich ist aber auch, dass dies auf 60 Prozent der 45-jährigen Männer zutrifft. Zudem wird das

Zeitfenster, in dem Kinder nach Ausbildung und Berufsstart der Eltern geboren werden, immer kleiner. Dieser Nachwuchsmangel wirkt sich nicht nur in unserem Sozialsystem nachteilig aus, sondern bewirkt auch ein niedrigeres Wirtschaftswachstum.

Wir wollen diesem Trend entgegenwirken. Politik und Wirtschaft können Rahmenbedingungen schaffen, die Familien Gründungen wieder attraktiver machen. Wir wollen Hamburg zu einer besonders familienfreundlichen Stadt machen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist deshalb ein wich-

tiger Bestandteil unseres Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“.

Gemeinsam mit den Unternehmen möchten wir die Entwicklung von familienfreundlichen Unternehmenskulturen unterstützen. Immer mehr Unternehmen entdecken, dass fami-

lienfreundliche Arbeitsbedingungen nicht nur ihre Attraktivität steigern und Wettbewerbsvorteile einbringen, sondern auch die Motivation und Arbeitskraft ihrer Beschäftigten fördern. Männer und Frauen profitieren von einer familienbewussten Personalpolitik, die es ihnen ermöglicht, im Beruf zu bleiben und sich gleichzeitig ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Familienfreundliche Maßnahmen in der Arbeitswelt rechnen sich somit auf allen Seiten.

Gemeinsam mit der Hamburger Handelskammer veranstaltet die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen Kongress zum Thema „Familiengerechte Arbeitswelt“. Mit Vertretern aus

Wirtschaft, Verbänden und Politik wollen wir diskutieren, was die unterschiedlichen Akteure zu einer nachhaltigen Familienpolitik beitragen und was sie bewegen können.

Der 3. Familienpolitische Kongress der CDU-Bürgerschaftsfraktion findet statt am 10. August 2005 um 17 Uhr in der Handelskammer Hamburg.

■ **Anmeldung bitte an die folgende Adresse schicken:**

CDU-Bürgerschaftsfraktion  
Poststraße 11  
20354 Hamburg  
Telefon: 428 31 - 13 65  
Telefax: 428 31 - 2526  
E-Mail: caroline.klawitter@cdu-hamburg.de

Die Luftfahrtindustrie – Hamburgs Beschäftigungsmotor

Fast fünf Millionen Menschen sind in Deutschland ohne Arbeit. Das ist die höchste Arbeitslosigkeit in der Nachkriegsgeschichte. Hamburg hat sich dagegen sehr erfolgreich von diesem Bundestrend abgekoppelt. Das ist ein Ergebnis unserer konsequenten und klaren Wirtschaftspolitik.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten können die Zeichen auf Wachstum gestellt werden, wenn die Politik mutige und zugleich richtungweisende Entscheidungen trifft. Eine der erfolgreichsten Branchen unse-

rer Stadt ist die Luftfahrtindustrie. Sie ist Beschäftigungsmotor Nummer 1. Im April konnte durch Bürgermeister Ole von Beust der zweitausendste neue Mitarbeiter bei Airbus begrüßt werden. Damit hat der Flugzeugbauer seine Zusage, bis 2007 insgesamt 2.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, schon jetzt erfüllt.

Die Erweiterung des Airbuswerks hat in Hamburg und im Umland ganz besonders in der mittelständischen Zuliefererindustrie einen beispiellosen Gründungs- und Beschäftigungsboom ausgelöst.



Airbus A380

Bei den Zulieferern sind viele neue Betriebe und schon jetzt 2.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Weitere 1.500 werden in den nächsten Monaten folgen, denn der positive Trend

wird anhalten – denn es deutet alles darauf hin, dass sich der A380 zum Verkaufsschlager im Segment der Großraumflugzeuge entwickelt.

Besonders erfreulich ist der Unternehmens-Mix vor Ort, denn die Impulse für das Beschäftigungswachstum in der Luftfahrtindustrie werden zur Hälfte von Großunternehmen und zur anderen Hälfte von kleinen und mittelständischen Unternehmen aus der Branche getragen. Und das Beschäftigungswachstum nur im Mittelstand wird voraussichtlich sogar größer sein als bei Airbus selbst. Der entscheidende Vorteil mittelständischer Unternehmen ist ihre große Flexibilität, mit der sie sich den Bedürfnissen der Großunternehmen anpassen können.

Die Werkserweiterung in Finkenwerder stellt für die Hamburger Bauwirtschaft das größte Konjunkturprogramm der Nach-

kriegsgeschichte dar. 50 bis 60 Prozent des Auftragsvolumens kamen unmittelbar mittelständischen Unternehmen der Bauwirtschaft zugute.

Das Beispiel Airbus zeigt, dass der Wettbewerb um Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze auf internationaler Ebene stattfindet. Hamburg muss sich im Flugzeugbau bereits heute mit Seattle und Toulouse messen lassen. Und dieser Prozess geht weiter; auch andere Branchen müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Wir werden uns auch in der Zukunft nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, sondern den Standort Hamburg und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konsequent weiterentwickeln.

Die nächsten Bürgerschaftssitzungen finden an den folgenden Tagen statt:

■ **Mi., 24.08.05**  
■ **Do., 25.08.05**  
■ **Mi., 14.09.05**

-----

Alle Sitzungen sind öffentlich!  
Detaillierte Informationen über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse erhalten Sie im Internet unter:  
[www.hamburgische-buergerschaft.de](http://www.hamburgische-buergerschaft.de)

Erfahrung schafft Zukunft – Seniorenkongress der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Am 12. April 2005 veranstaltete die CDU-Fraktion erstmals mit 120 Seniorinnen und Senioren im Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft einen Seniorenkongress.

Der Initiator des Kongresses, Frank Schira, stellvertretender Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, verspricht, dass die CDU sich weiterhin um die Belange der immer größer werdenden Gruppe der älteren Menschen in unserer Stadt kümmern werde: „So erfolgreiche Veranstaltungen wie den Seniorenkongress werden wir künftig zu ei-

nem festen Bestandteil unserer Fraktionsarbeit machen.“

Nach dem Grußwort des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust bezeichnete Professorin Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und prominente Altersforscherin, den demografischen Wandel als zentrale Herausforderung für jeden Einzelnen und die Gesellschaft: „Können wir es uns leisten, ältere Menschen auszugliedern, ihnen die Teilnahme in beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen zu versperren? Es gilt, das Bild vom ‚alten Menschen‘ zu korrigieren. Die Gesellschaft,

die Kommunen, das Land – aber auch Wirtschaft und Industrie – sind hier gefordert.“

Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin und Sozialsenatorin der Hansestadt, sagte in ihrer Rede: „Das Motto dieser Veranstaltung heißt nichts anderes, als dass die Erfahrungen der älteren Menschen für die nachwachsenden Generationen unverzichtbar sind. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend die Zukunft gestalten, das ist Aufgabe und Herausforderung für die nachwachsenden Generationen.“

Jürgen Echternach, Landesvorsitzender der Senioren-Union Hamburg und parlamentarischer Staatssekretär a.D., hob hervor, dass ein großes Problem in der Gleichsetzung von Alter mit Hilfsbedürftigkeit liege: „Durch die Ausgrenzung von Senioren verzichten wir auf ein wichtiges Potenzial einer noch vitalen Generation. Dadurch werden den älteren Menschen ihr Arbeitsplatz, ihre Biographie und schließlich ihr Selbstbewusstsein genommen.“

Der Unternehmensberater Fritz Gruppe erläuterte, dass Unternehmen häufig zu kurzfristig denken und sich damit um die

Ressource der Älteren bringen würden: „Die älteren Arbeitnehmer sind besonnen, die jungen unkonventionell, die Kombination macht den Erfolgsfaktor aus. Die USA haben bereits eine Trendwende vollzogen. Sie haben erkannt, dass aus der Mischung zwischen Jung und Alt, aus einer höheren Heterogenität im Betrieb, auch ein Wettbewerbsvorteil folgt.“

Walter Thedt, Vorsitzender des Landesseniorenbeirats Hamburg, forderte ein gemeinsames Vorgehen gegen Altersdiskriminierung. Der Landesseniorenbeirat wurde vor 25 Jahren als Interessenvertretung für die ältere Generation der Stadt gegründet



1. Seniorenkongress im Plenarsaal

und vertritt die Interessen der 400.000 Seniorinnen und Senioren der Stadt.

Die Referate und die Ergebnisse

der Podiumsdiskussion werden derzeit aufgearbeitet und demnächst in einer Broschüre veröffentlicht. Diese werden wir Ihnen gern zur Verfügung stellen.

Foto Airbus: Airbus S.A.S

Politikglossar 11: parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Die „Visa-Affäre“, „Feuerbergstraße“ – Themen, die uns in jüngster Zeit durch Presse und Fernsehen begleiten und beschäftigen. In den Berichten fällt immer wieder ein Schlagwort: parlamentarischer Untersuchungsausschuss oder nur kurz PUA.

Untersuchungsausschüsse können sowohl vom Bundestag wie auch von den Landtagen eingesetzt werden. Sie sind die schärfsten Instrumente eines Parlaments zur Kontrolle der Regierung.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat nach der Verfassung das Recht und – wenn ein Viertel der Abgeordneten es fordert – die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Untersuchungsausschüsse bieten dem Parlament die Möglichkeit, Tatsachenermittlungen in die Hand zu nehmen und dabei auch Zwangsmittel einzusetzen. Ein Untersuchungsausschuss ist aber trotz der Möglichkeit, wie ein Gericht Zeugen zu vernehmen, kein Organ der Rechtspflege, sondern ein Instrument der politischen Auseinandersetzung.

Der Ausschuss wird ausschließlich mit Bürgerschaftsabgeordneten besetzt. Die Sitzverteilung richtet sich nach der Fraktionsstärke. Unterstützt wird der Untersuchungsausschuss durch einen Arbeitsstab, der unter anderem das Zusammentragen und die Aufbereitung von Material sowie die Organisationsarbeiten übernimmt. Der Leiter des Arbeitsstabes soll die Befähigung zum Richteramt haben. Leiter und Mitarbeiter werden in der Regel durch Abordnung an die Bürgerschaft von der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Jeder interessierte Bürger ist eingeladen, bei einem Besuch der öffentlichen Ausschusssitzungen die Arbeit des Gremiums zu beobachten. Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses werden in einem Bericht zusammengefasst und der Bürgerschaft übergeben und damit auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

**Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:**  
[www.hamburgische-buergerschaft.de](http://www.hamburgische-buergerschaft.de)



**CDU** BÜRGERSCHAFTSFRAKTION  
HAMBURG

Entgelt bezahlt  
Deutsche Post AG  
20354 Hamburg

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion  
Redaktion Einblicke  
V. i. S. d. P.: Hein von Schassen

Poststraße 11  
20354 Hamburg  
Telefon: (040) 428 31-1374  
Telefax: (040) 428 31-2526  
E-Mail: [pressestelle@cdu-hamburg.de](mailto:pressestelle@cdu-hamburg.de)  
Internet: [www.cdu-hamburg.de](http://www.cdu-hamburg.de)